

Motion über eine ökologisch ausgerichtete Liegenschaftssteuer

eröffnet am 8. November 2011

Wir beauftragen die Regierung, einen Gegenvorschlag zur Initiative «Liegenschaftssteuer ade» auszuarbeiten, in welchem die Liegenschaftssteuer in ein Instrument zur Förderung der Energieeffizienz des Gebäudebestandes und des vermehrten Einsatzes von erneuerbaren Energien umfunktioniert wird.

Begründung:

Die Frage, wie die Schweiz nach dem Atomausstieg ihren Energiebedarf decken soll, wird uns noch intensiv beschäftigen. Eine Massnahme besteht darin, den Energiebedarf in der Schweiz zu senken und vermehrt auf erneuerbare Energien zu setzen. In diesem Zusammenhang wird auch die energetische Sanierung von Liegenschaften weitere Bedeutung erhalten. Daran hat auch der Kanton Luzern einen Beitrag zu leisten, und es wird wünschbar sein, die Mittel zur Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien und der energetischen Gebäudesanierungen aufzustocken.

Die von der Initiative «Liegenschaftssteuer ade» verlangte Abschaffung der Liegenschaftssteuer würde dem Kanton und den Gemeinden bis zu 40 Millionen Franken Einnahmehausfälle bringen. Damit sinken auch die Chancen, tatsächlich mehr öffentliche Gelder zur Förderung der Energieeffizienz des Gebäudebestandes einzusetzen. Damit stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, anstelle einer Abschaffung die Liegenschaftssteuer so auszugestalten, dass mit ihr die Energieeffizienz gefördert werden kann.

Wir verlangen deshalb, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten, der sowohl Anreize zu energetischen Gebäudesanierungen und zum Einsatz erneuerbarer Energien an Gebäuden schafft als auch zweckgebundene Mittel zu entsprechenden Förderprogrammen bereitstellt.

Wir könnten uns vorstellen, dass nach dem Neubau von energieeffizienten Liegenschaften, nach der energetischen Sanierung von Liegenschaften und nach Investitionen in erneuerbare Energien während einer bestimmten Zeit die Liegenschaftssteuer erlassen oder reduziert werden könnte. Vielleicht sind jedoch auch andere Anreizsysteme bei der Steuererhebung denkbar, wobei sich der administrative Aufwand in Grenzen halten sollte.

Wir könnten uns vorstellen, dass die Gemeinden weiterhin die Hälfte der Erträge der Liegenschaftssteuer erhalten würden, dass jedoch die dem Kanton zustehende Hälfte der Erträge ganz oder teilweise zweckgebunden würden für Förderprogramme im Bereich der energetischen Sanierung von Gebäuden und des Einsatzes erneuerbarer Energien bei Gebäuden.

Wir sind überzeugt, dass mit einem zweckmässigen Gegenvorschlag die Liegen-
schaftssteuer in ein Instrument umgewandelt werden könnte, welches zum ökologi-
schen Umbau unserer Wirtschaft und zur Steigerung der Energieeffizienz des Gebäude-
bestandes beitragen kann.

Odermatt Markus

Kaufmann Pius

Lütolf Jakob

Gmür-Schönenberger Andrea

Roth Stefan

Zosso Peter

Arnold Erwin

Meyer Jürg

Knüsel Kronenberg Marie-Theres

Frey-Neuenschwander Heidi

Dissler Josef

Lengwiler Christoph

Schönberger-Schleicher Esther

Hunkeler Yvonne

Schmassmann Norbert

Wismer-Felder Priska

Oehen Thomas

Lichtsteiner-Achermann Inge

Kottmann Raphael

Jost Manuela

Staubli David

Odermatt Samuel

Odermatt Gemperli Marlene

Candan Hasan

Lötscher-Knüsel Trudi

Dettling Schwarz Trix

Lorenz Priska

Truttmann-Hauri Susanne

Zopfi-Gassner Felicitas